

# MIGRATION & MANIPULATION

## (RECHTS)POPULISMUS ALS POLITISCHE KOMMUNIKATIONSSTRATEGIE

### VORWORT

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) hetzt gegen rassifizierte Menschen. Sie stilisiert die ‚Massenmigration‘ als Bedrohung für den Sozialstaat, die ‚deutsche Kultur‘ und die innere Sicherheit. Dafür nutzt sie systematisch Rechtspopulismus als politische Kommunikationsstrategie.

In diesem Artikel wird auf Grundlage des aktuellen Forschungsstandes das Framing der AfD von Migration als ‚bedrohlich‘ und ‚illegal‘ als Teil einer bewussten rechtspopulistischen Strategie eingeschätzt. Darüber hinaus wird der aktuelle restriktivere Migrationskurs von SPD und CDU als Reaktion auf den Aufstieg der AfD gesehen. Insbesondere werden die inhaltlichen und rhetorischen Annäherung von CDU-Politiker\*innen an die AfD kritisiert, da neue Erkenntnisse aus der Politikwissenschaft darauf hindeuten, dass sich eine programmatische und rhetorische Annäherung an rechtspopulistische Parteien nicht zur Rückgewinnung von Wähler\*innen eignet.

### EINIGE ZITATE

„Deutschland wurde zu einem Multi-Kulti-Versuchslabor transformiert, in dem Frauen leider immer öfter Freiwild sind.“  
(Harder-Kühnel 2024, 00:01:25–00:01:37).

„Deutschland muss wieder deutscher werden“  
(Berndt et al. 2024), schreibt die AfD Fraktion-Ost in ihrer Stellungnahme zur Remigration.

„Das ist eben nicht Meinungsfreiheit. Das ist das Ende der Demokratie, das sie hier herbeiführen wollen.“ (Reichardt 2024, 00:03:18–00:03:27).

„[...] mit Ihrer Art von Politik machen sich zum Totengräber unseres Grundgesetzes [...]“  
(Chrupalla 2023, 00:08:18–00:08:23)

„Deutschland steckt tief in einer Rezession. Als einziges Industrieland schrumpft es. Und dafür trägt weder Putin die Verantwortung, noch die Welt, noch irgendeine herbeifasarierte Weltklimakatastrophe. Diese unfähige Regierung trägt als einzige die Verantwortung für das Desaster in unserem Land.“  
(Weidel 2024a, 00:04:53–00:05:12)

„Mit dieser Politik treiben sie die Kommunen in die Verzweiflung, sprengen die Sozialsysteme, verschärfen die Wohnungsnot und untergraben die innere Sicherheit. Aber vor allem: sie nehmen den Deutschen ihre Heimat.“  
(Weidel 2024a, 00:09:02–00:09:35)

Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde“  
(Hunger 2019) schrieb Marcel Grauf, Mitarbeiter der AfD-Abgeordneten Christina Baum und Heiner Merz im Stuttgarter Landtag, in seinen privaten Facebook-Chats  
(Petermann 2019).

### ANLÄSSLICH DER BUNDESTAGSWAHLEN 2025

Im Januar 2024 trafen sich prominente Vertreter\*innen der AfD und der CDU mit bekannten Rechtsextremen, um Remigrationspläne für potenziell Millionen von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte auszuarbeiten (Landschek et al. 2024).

Laut **Martin Sellner**, der sich als Redner bei diesem Treffen äußerte (Leidinger et al. 2024), seien folgende „juristische“ Gruppierungen: „Asylanten“, „Nicht-Staatsbürger“ und „nicht-assimilierte Staatsbürger“, die „primären Zielgruppen“ einer „Remigrationspolitik“. Voraussetzung sei, dass diese Deutschland „ökonomisch“, „kriminologisch“, „kulturell“ schaden würden,

Dabei seien europäische Migrant\*innen „nicht das entscheidende Problem“, und würden „keine direkte Bedrohung für die [deutsche] ethnokulturelle Identität“ darstellen, da sie sich nicht durch ein „starkes ethnisches Wachstum“ oder durch „Kettenmigration“ auszeichnen würden, und somit keine „politisch dominante Gruppe“ in Deutschland werden könnten. Die „afro-arabischen“ Migrant\*innen verortet Martin Sellner durch ihre großen „Bevölkerungsreserven“ in Zusammenhang mit „starke[m] Wachstumspotential“, „höhere[n] Geburtenraten“ und „Clanbildung“ jedoch als Bedrohung (Sellner 2023, 1:28 - 4:53 min).

Inzwischen wurden die AfD-Landesverbände in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft (Kehlbach und Bräutigam 2023). Bisher gilt die AfD bundesweit als rechtsextremer Verdachtsfall.

Dennoch erzielt die Partei Ergebnisse, die vor einem Jahrzehnt noch als völlig ausgeschlossen galten. Schließlich war Deutschland ein „weißer Fleck“ „auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus“ (Decker 2017, S. 55). Bei den Wahlen in Bayern zog die AfD jedoch mit 14,6% in den Landtag ein (Bayerisches Landesamt für Statistik 2023). Im Bundesland Hessen erzielte die AfD sogar 18,4% (Hessisches Statistisches Landesamt 2023). Prognosen wie die etablierte Sonntagsumfrage gehen davon aus, dass die AfD mit 23% in den Bundestag 2025 einziehen könnte (Infratest dimap 2023). Damit wäre eine in Teilen rechtsextremistische Partei, welche die Grundprinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung immer wieder in Frage stellt, möglicherweise zweitstärkste Kraft im Bundestag.

# (RECHTS)POPULISMUS ALS POLITISCHE KOMMUNIKATIONSTRATEGIE

## POPULISMUS

Kernelement im **Populismus** ist die Idee „eines tugendhaften und homogenes Volkes“ (Taggart 2000, S. 95), welches innerhalb eines Staates besteht. In diesem ‚Kernland‘ gab es in der Vergangenheit „ein gutes Leben“, welches jedoch durch Korruptionen und die Falschdarstellung der Gegenwart nun nicht mehr existiert (Taggart 2004, S. 274). Wesentliches Narrativ im Populismus ist demnach die vermeintliche Existenz einer politischen Elite oder eines Etablissements, die nicht länger das ‚Volk‘ vertreten (Mudde 2004, S. 544). Entsprechend fokussiert sich Populismus auf Themen wie Migration, Globalisierung und innenpolitische Themen wie Steuerbelastungen, Eingriffe des Staates und seiner Vertreter\*innen in Form von Politiker\*innen, Intellektuellen, Bürokrat\*innen und Fachleuten (Taggart 2004, S. 274) in das Leben der Bürger\*innen.

**Rechtspopulismus** grenzt sich zu anderen Formen des Populismus ab, indem das Soziale besonders scharf dichotomisiert wird, sodass eine „Wir-Identität“ geschaffen werden kann, die sich oft entlang nationaler, regionaler, religiöser und ethnischer Linien konstruiert (Wodak und KhosraviNik 2012, S. 20). Folglich liegt Rechtspopulismus immer Gedankengut mit antipluralistischen Tendenzen zu Grunde, das sich gegen Minderheiten richtet. Klassische Feindbilder sind demnach oft staatsübergreifende Institutionen wie die Europäische Union, da sie als Gefahr für die ‚Kultur‘ des ‚Kernlandes‘ dargestellt werden (Decker und Lewandowsky 2017, S. 25). Besonders im Zusammenhang mit Migration aus ‚kulturfremden‘ Ländern, wie nordafrikanischen und muslimisch geprägten Staaten, wird vor der ‚Überfremdung‘ gewarnt (Decker und Lewandowsky 2017, S. 25). Durch diese Weltanschauung werden Forderungen nach Abschottung und Abgrenzung von kulturell als nicht zugehörig betrachteten Fremdgruppen, bis hin zur offenen Unterstützung von Massenabschiebungen, ermöglicht (Decker und Lewandowsky 2017, S. 25–26).

In der Abgrenzung zum **Rechtsextremismus** ist Rechtspopulismus oft mehr politische Strategie als Ideologie. Rechtspopulismus appelliert an die Ängste, Vorurteile und Ressentiments der Wähler\*innen mit dem Ziel der Mobilisierung und Einflussgewinnung (Betz 2002, S. 252). Rechtspopulistische Strategien sind beispielsweise inszenierte Tabubrüche durch Verwendung gewaltvoller Sprache, das Einfordern radikaler Lösungen oder „mehr Härte“ (Bundeszentrale für Politische Bildung 2024) gegen bestimmte Gruppen. Dabei kann Populismus durchaus auf reale Problematiken verweisen, instrumentalisiert diese jedoch für die eigenen Interessen im besonderen Maße (Decker und Lewandowsky 2017, S. 25).

Als **rechtspopulistische Parteien**, werden Parteien verstanden, die sich populistischem und rechtspopulistischem Gedankengut und Strategien bedienen. Nicht auszuschließen

ist, dass auch rechtsextremistische Ideologien, wie im Falle der AfD, Bestandteil dieser Parteien sind.

Der Begriff **(Rechts)populismus** wird verwendet, wenn die Trennung zwischen Populismus und Rechtspopulismus nicht eindeutig ist.

## FRAMING

Komplexe politische Sachverhalte werden im medialen Diskurs nie in ihrer Gänze beleuchtet. Aufgrund von zeitlicher, personeller oder informativer Ressourcenbegrenzung oder eigenen Interessen werden Sachverhalte von allen kommunizierenden Akteur\*innen immer reduziert und niemals objektiv (Brosius und Dan, S. 265) dargestellt. Zwangsläufig werden dadurch Aspekte des Sachverhalts hierarchisiert und ausführlicher thematisiert, wohingegen andere vernachlässigt werden (Brosius und Dan, S. 265–266).

Sachverhalte werden demnach durch einen subjektiven Blickwinkel dargestellt, eingerahmt oder geframed. **Framing** bedeutet daher „die Auswahl einiger Aspekte einer wahrgenommenen Realität“ mit dem Ziel, eine „bestimmte Problemdefinition“, „kausale Interpretation“, „moralische Bewertung“ oder „Handlungsempfehlung“ (Entman 1993, S. 52) nahezulegen.

So schaffen Framings „geteilte Deutungsmuster“ (Brosius und Dan, S. 265), für einen Sachverhalt. Folglich ist ein Framing entscheidend dafür, ob die Adressierten ein Problem wahrnehmen, wie sie es verstehen, sich daran erinnern, es bewerten und wie sie sich entscheiden, darauf zu reagieren (Entman 1993, S. 54).

Dabei gibt es für einen Sachverhalt selten nur ein Framing. Vielmehr stehen unterschiedliche Deutungsmuster in einem **Framing-Wettbewerb** (Brosius und Dan, S. 271) und damit einem „Kampf um die Deutungsmacht“ (Brosius und Dan, S. 273) einander gegenüber.

Neben Faktoren wie „Nachrichtenwert“ oder die Vereinbarkeit mit „Ideen, Werten und Normen“ der Adressierten, sind „Status, Glaubwürdigkeit und Ressourcen“ (Brosius und Dan, S. 273), im Endeffekt die diskursive Macht der kommunizierenden Akteur\*innen, entscheidend dafür, ob sich ein Frame durchsetzt.

Dadurch ist es die Norm, dass Akteur\*innen Frames adaptieren und gemeinsam dafür lobbyieren (Baumgartner 2009, S. 22). Denn wird ein Framing von mehreren Akteur\*innen in Form einer **Framing-Koalition** gleichzeitig kommuniziert, gewinnt dieser in der Regel an „Gewicht und Legitimität“ (Brosius und Dan, S. 274).

# DIE INSTRUMENTALISIERUNG VON MIGRATION

## DIE URSPRÜNGE DER AFD

2015 generierte die Fotographie des zweijährigen Alan Kurdi, der tot am Strand der türkischen Mittelmeerküste angespült wurde, massive mediale Aufmerksamkeit. Seine Familie hatte im September versucht, über die türkische Küste zur griechischen Insel Kos zu gelangen. Nur der Vater der vierköpfigen Familie überlebte (Reusch 2021).

Dabei reihte sich dieses Bild lediglich ein in die „tragische und spektakuläre“ Zurschaustellung von Menschen in „überfüllte[n] Flüchtlingsboote[n] oder Verstecke[n] in Hohlräumen von LKWs“ (Hollstein 2016, S. 16), welche die Medien dominierten. Die Destabilisierung in Teilen des Nahen Ostens und Nordafrikas, verschärft durch den Bürger\*innenkrieg in Syrien, verursachte einen merklichen Zustrom von Schutzsuchenden nach Europa (United Nations High Commissioner for Refugees 2014, 3, 5-7).

Dadurch wurden im Jahr 2013 erstmalig über 100 000 Erst- und Folgeanträge von Asylsuchenden in Deutschland gestellt. Bereits 2015 hatte sich diese Zahl mehr als vervierfacht (476 649) und auch im Folgejahr zeichnete sich der steigende Trend mit 745 545 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2024, S. 6) dokumentierten Anträgen ab. Begleitet wurde diese sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ nicht nur von einer intensiven Debatte über Asylpolitik, Grenzkontrollen und Integration, sondern auch von einer Politisierung im Privatbereich. Gruppierungen wie Pro Asyl veröffentlichten Handreichungen zur „Willkommenskultur“ für Vereine und Initiativen (Pro Asyl 2014, S. 1).

Währenddessen zogen ab Herbst 2014 Sympathisant\*innen und **Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA)** vermehrt montags auf die Straße, um Kritik und Unzufriedenheit an der Asyl- und Einwanderungspolitik und aktuellen Regierung zu äußern (Häusler 2017, S. 66–67). Parallel dazu stiegen die Wahlbeteiligungen in den Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bei Landtagswahlen um etwa zehn Prozentpunkte (Decker 2017, S. 58). Zur Bundestagswahl erhöhte sich die Wahlbeteiligung immerhin um 5% (Die Bundeswahlleiterin 2022, S. 8). Die erst 2013 gegründete rechtspopulistische Partei AfD nutzte die Polarisierung der ‚Flüchtlingskrise‘, um sich als europa- und migrationskritische Partei für mehr „nationale Souveränität“ (Kleinert 2018, S. 17–21) zu positionieren und erste Wahlerfolge zu generieren.

## DIE ‚ISLAMISIERUNG‘ DEUTSCHLANDS

Die „ungebremste [...] Massenmigration nach Deutschland“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2017, S. 30) von Geflüchteten aus vor allem muslimisch geprägten Ländern, setzte die AfD in Verbindung mit Asylmissbrauch und Erschleichung von Sozial- und Gesundheitsleistungen (Alternative für Deutschland (AfD) 2017, S. 29–30). Parallel dazu stilisierte die AfD den Islam und die wachsende Anzahl

von Muslim\*innen als „große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2017, S. 34). So warnte der damalige stellvertretende Parteivorsitzende Alexander Gauland vor der „Islamisierung“ (Süddeutsche Zeitung 2016) Deutschlands. Beatrix von Storch, zu dieser Zeit Europaabgeordnete der AfD, erklärte, der Islam sei eine „**politische Ideologie**“, die mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren wäre (Süddeutsche Zeitung 2016). Entsprechend forderte die AfD in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl die Einführung der deutschen „Staatsbürgerschaft durch Abstammung“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2017, S. 32).

Damit reihte sich die AfD in gängige Interpretationen **antiislamischer Populismusströmungen** ein, in denen muslimische Gemeinden häufig als sich der Integration verweigernde „Parallelgesellschaften“ gelten. Aktiv wird so Misstrauen gegenüber den „Fremden“ geschürt und Muslim\*innen unter „Generalverdacht“ (Decker und Lewandowsky 2017, S. 25) gestellt. Das legt die Vermutung nahe, dass die AfD aus ebendiesem Grund bei verschiedenen Landtagswahlen 2016 zwischen einem Viertel und einem Dritt ihrer Stimmen von Nichtwähler\*innen (Decker 2017, S. 58) gewinnen konnte. Demzufolge galt die AfD lange als Sammelbecken für Protestwähler\*innen und weniger als die neue Partei für „Neonazis“ (Röttgers 2017, S. 181–183).

## DAS FRAMING VON MIGRATION ALS ‚BEDROHUNG‘

Das Framing von Migration als ‚bedrohlich‘ zeigt sich auch deutlich im Zusammenhang mit dem sogenannten „**Einzelfallticker**“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2023a) der AfD. Auf der Homepage der Partei werden auf einer Deutschlandkarte nach Standort Pressemeldungen über Verstöße und Verbrechen veröffentlicht. Dabei werden scheinbar **kulturfremde Merkmale** in den Vordergrund gestellt, wodurch Menschen rassifiziert werden. So wird aus der ursprünglichen Pressemeldung „Polizei Schwaben Nord: Körperverletzung“ (Presseportal.de 2023) der Titel „Augsburg: Mann mit afrikanischem Aussehen schlägt 20-Jährige“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2023b). Hierbei wird suggeriert, dass es sich bei diesen Verbrechen keinesfalls um Einzelfälle handele, sondern um ein, durch Migration hervorgerufenes, systematisches Problem. Der „**Einzelfallticker**“ vermittelt hierbei, dass die Bedrohung ausschließlich von derartig rassifizierten Menschen ausgehe. Unterhalb des Einzelfalltickers werden Zahlen aus der **Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)** 2022, veröffentlicht im März 2023, zitiert. So seien 40% aller Straftaten von Täter\*innen ohne deutschen Pass begangen worden. Messerattacken seien im Vergleich zum Vorjahr um 15% gestiegen. Insgesamt hätten sich 35% mehr „Zuwanderer“ unter den Tatverdächtigen befunden. Auf berechtigte Kritik an der PKS aufgrund ihrer

Erhebungsmethoden und dem dadurch inhärenten Bias (Heimann 2020, S. 3–19) wird nicht eingegangen. So werden aktivi Ängste geschürt vor der „aktuellen Massenzuwanderung“ von „gering bis gar nicht qualifizierter Menschen“, welche „eine Katastrophe für unser Land und eine schwere Belastung für künftige Generationen“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2021, S. 4) darstellen. In diesem Zusammenhang spricht die AfD vom „Asylparadies Deutschland“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2024), „Asylmissbrauch“ und fordert die „Senkung von Anreizen und zur Wahrung der sozialen Gerechtigkeit“ in Deutschland. Sie spricht außerdem von „desaströsen Folgen der unregulierten Massenzuwanderung“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2024).

### DAS FRAMING VON MIGRATION ALS „ILLEGAL“

„Illegal“ oder „irreguläre“ Migration wird grundsätzlich als „Bedrohung“ oder „Sicherheitsrisiko“ geframed (Hollstein 2016, S. 16). Grund dafür ist die Assoziation mit einem Verlust der Grenzkontrolle, der Überlastung der Sozialsysteme, der Verdrängung einheimischer Arbeitnehmer und steigender Kriminalität (Vogel und Cyrus 2008). Die AfD spricht in diesem Kontext von „illegaler Zuwanderung“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2024b, S. 2).

Da „irreguläre“ oder „illegal“ Migration immer im Zusammenhang zum **Grenzübertritt** in einen Staat steht, unterscheiden sich die Definitionen von illegaler Migration je nach Gesetz des entsprechenden Staates. In Deutschland wird nach dem Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet, unerlaubte Einreise oder Aufenthalt mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet (§ 95 AufenthG).

Unrechtmäßig hält sich eine Person aber erst in Deutschland auf, wenn die Ausländerbehörde keine Kenntnis über den Aufenthalt hat oder die Person weder Aufenthaltsrecht noch Duldung besitzt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2024a). Ende des Jahres 2022 waren in Deutschland durch das Ausländerzentralregister **3,08 Millionen Geflüchtete** registriert. Rund 73% (2,25 Millionen) verfügten dabei über einen anerkannten Schutzstatus. **8%** (255 000) Menschen waren durch eine Ablehnung im Asylverfahren oder Verlust ihres Schutzstatus ausreisepflichtig.

Wiederum 219 000 Personen erhielten eine Duldung (Statistisches Bundesamt 30.03.2023), da die Abschiebung aus „tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich“ (Dienelt 2016) erachtet wurde. **Lediglich 1% (36 000)** der Schutzsuchenden in Deutschland hätten zum Jahresende 2022 hätten demnach abgeschoben werden können und hielten sich folglich illegal in Deutschland auf.

Dennoch spricht die AfD im Kontext von „illegaler Migration“ vom „Asylparadies Deutschland“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2024a) und der „Einwanderung in unser Sozialsystem“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2024b, S. 2), versichert jedoch die „**Remigration**“ würde ausschließlich auf „rechtsstaatliche [...] und gesetzeskonforme [...] Rückführung[en] ausreisepflichtiger Ausländer“ (Alternative für Deutschland (AfD) 2024b, S. 2) abzielen.

### POPULISMUS JENSEITS DER AFD

Es ist jedoch nicht nur die AfD, die Rückführungen als zentrale Maßnahme zur Bekämpfung der „irregulären“ Migration darstellt.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte im Zusammenhang der Aufnahme von 1,1 Millionen geflüchteter Menschen aus der Ukraine, Deutschland werde zwar dieser humanitären Verantwortung gegenüber den Schutzsuchenden nachkommen, aber „um dies gewährleisten zu können und das Grundrecht auf Asyl zu schützen, müsse [...] zugleich die irreguläre Migration deutlich begrenzt“ werden (Bundesministerium des Innern und für Heimat 11.10.2023). Bundeskanzler Olaf Scholz postulierte im Interview mit dem Spiegel Magazin: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“ (Kurbjuweit und Hickmann 2023). Durch die Adaption dieses Framings von Migration als „illegal“ und Rückführungen als zentrale Maßnahme dagegen, verleihen Faeser und Scholz im Sinne einer **Framing-Koalition** den Forderungen der AfD nach einem harten Durchgreifen des Rechtstaates mehr Glaubwürdigkeit (Brosius und Dan, S. 274). Entsprechend werfen aktivistische pro-asyl Organisationen der Bundesregierung vor, es würde so getan, als könne eine Verschärfung im Abschiebungsgesetz zu einer Entlastung der Kommunen führen. Es könne vor allem mit mehr „Härte und Verletzungen der Grundrechte ohne jede Verhältnismäßigkeit, die dem Rechtspopulismus weiter Vorschub leisten“ gerechnet werden (Judith 2023).

### DIE AKTUELLE MIGRATIONSPOLITIK

Die aktuelle Migrationspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) steht im starken Kontrast zu Bundeskanzlerin Angela Merkels „Wir-Schaffen-das“-Motto und einer liberalen Asylpolitik von SPD und CDU als Regierungsparteien im Jahr 2015. Diese Entwicklung fügt sich jedoch ein in eine Tendenz, die sich europaweit zeigt. In einer Studie aus dem Jahr 2020 wurde untersucht, wie sich der Erfolg rechtsradikaler Parteien auf die politischen Positionen der etablierten Parteien in europäischen Demokratien auswirkt (Abou-Chadi und Krause 2020, S. 829). Dabei wurde festgestellt, dass etablierte Parteien europaweit **migrationsfeindlichere, restriktivere** und **nationalistischere** Positionen vertreten (Abou-Chadi und Krause 2020, S. 843). Dieser Wandel zeigt sich auch in dem Versuch, eine restriktivere Migrationspolitik in der Europäischen Union (EU) zu etablieren.

### DIE GEAS - REFORM

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sieht nicht nur „einen wirksamen Grenzschutz an den europäischen Außengrenzen“ vor (Bundeszentrale für Politische Bildung 2023), sondern unter anderem auch „schnellere Prüfung von Asylanträgen“ direkt an den EU-Grenzen und „wirksamere Rückführung“ (Europäisches Parlament 10.04.2024). Insbesondere sollen abgelehnte Migrant\*innen, die über „sichere Drittstaaten“ nach Europa

einreisten, in diese Staaten abgeschoben werden können. Damit in Zukunft mehr Abschiebungen ermöglicht werden können, werden die Kriterien für „sichere Drittstaaten“ gelockert (Bundeszentrale für Politische Bildung 2023).

Daran wird kritisiert, dass so Abschiebungen aus Drittstaaten zurück in die Herkunftsänder der Schutzsuchenden ermöglicht werden würden, selbst wenn dort Verfolgung und Tod drohe (StopGEAS 2024).

Die Prüfung von Asylanträgen an den EU-Grenzen in extra dafür geschaffenen Einrichtungen könnte außerdem nur unter „**haftähnliche[n] Bedingungen**“ (Deutschlandfunk 2024) stattfinden. Aktivistin Isa Arendt kritisiert die Einrichtungen deutlich schärfer als „gefängnisartige[.] Lager[.]“ (StopGEAS 2024). Seitens des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BIMF) heißt es, die „Unterbringung“ sei nicht mit „Haft gleichzusetzen“, da im Grenzverfahren lediglich für einen „befristeten Zeitraum eine Freiheitsbeschränkung“ vorgenommen werde und die „Ausreise in Drittstaaten“ weiterhin möglich sei. Ferner müsse die „Unterbringung unter menschenwürdigen Bedingungen [...] immer gewährleistet“ (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2024) sein.

Besonders vor dem Hintergrund der ab 2019 zunehmenden Vorwürfe über massive **Menschenrechtsverletzungen** an den EU-Außengrenzen durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache FRONTEX polarisiert die GEAS-Reform. Gruppierungen wie das Border Violence Monitoring Network, Dokumentar-Filme wie „Shadow Game“ (Blankevoort und van Driel 2021) oder investigative Recherchen wie „Die Frontex Files“ (Deleja-Hotko et al. 2021) bezeugen illegale Pushbacks, willkürliche Gewalt, Machtmissbrauch und Sachbeschädigungen gegenüber Geflüchteten.

Während der Bundeskanzler Olaf Scholz die GEAS-Reform als einen „historische[n] Schritt“ (Die Bundesregierung 2024) bezeichnet, kritisiert Rasmus Andresen, Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament, die Reform als „massive Menschenrechtseinschränkung“, die nicht in der Lage sei, das Asylsystem besser zu ordnen, sondern lediglich eine vermeintliche Lösung vortäusche (Andresen 2024). Der AfD hingegen geht die GEAS-Reform nicht weit genug. So postet Alice Weidel auf X, die Reform sei eine „Mogelpackung“, welche nichts an der „katastrophalen Lage in Deutschland“ ändern könne (Weidel 2024b).

## (RECHTS)POPULISMUS IN DER UNION

Es sind jedoch nicht nur Olaf Scholz und Nancy Faeser und damit auch die SPD, welche restriktivere Maßnahmen in der Migrationspolitik unterstützen. Besonders die Christlich Demokratische Union (CDU) fällt durch ein zunehmend konservativeres Profil auf.

Am 15. Januar 2024 verabschiedete die CDU ihr 4. **Grundsatzprogramm**, um sich für die kommenden Landtagswahlen und die Bundeswahl 2025 „programmatisch stark aufzustellen“. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann kommentierte dazu, die Union hätte die Bundestagswahlen 2021 wegen einer „Unklarheit der Linien“ verloren.

Parteivorsitzender Friedrich Merz nannte das Grundsatzprogramm einen „wichtige[n] Meilenstein auf dem Weg zur inhaltlichen Erneuerung“ der Partei. Durch ihre „Grundwerte und Ideen für eine gute Zukunft“ will die CDU für ihre Wähler\*innen in dieser „angespannten Zeit Sicherheit, Halt und Orientierung geben“ und behauptet, sie sei nun „wieder stärkste politische Kraft in Deutschland“ (Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 2024b).

Migration wird in dem neuen Grundsatzprogramm vor allem als „ungesteuert[.]“ (S.6) und „unkontrolliert[.]“ bezeichnet, denn häufig finde die Migration lediglich unter dem „**Vorwand der Asylsuche**“ statt und sei eine Form der „illegalen Einwanderung“. Entsprechend geht es der CDU um ein „Zurückerlangen“ von „Kontrolle“ durch einen „grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts“ (Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 2024a, S. 22–23). Diese Entwicklung scheint dabei auch Konsequenz der Bundesführung der CDU unter Friedrich Merz seit 2022 zu sein. Dieser kündigte im Juli 2023 bereits an, die CDU solle eine „**echte Alternative** für Deutschland mit Substanz“ (Merz 2023a, 9:36) werden.

Besonders auffällig ist jedoch die sprachliche Annäherung der CDU an die AfD. Insbesondere in Talkshows fallen prominente CDU-Politiker\*innen immer wieder durch (rechts)populistische Aussagen auf. Massive mediale Aufmerksamkeit und Kritik generierte Friedrich Merz durch seinen Auftritt in einer Talkshow zum Thema „Flüchtlingskrise in Deutschland: Wie lässt sich der Migrationsstrom steuern?“ im September 2023 auf. Dort echauffierte sich Merz:

Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen.  
Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine“  
(Merz 2023b).

Nancy Faeser bezeichnete die Aussage als „falsch“ und sprach von „erbärmliche[m] Populismus“ (Faeser 2024). Aber es ist nicht nur Friedrich Merz der in Bezug auf Migration (rechts)populistische Töne anschlägt. Auch Markus Söder, aktueller Ministerpräsident in Bayern, gestellt von der Christlich-Sozialen Union (CSU) wird immer wieder vorgeworfen, er betreibe „postfaktischen Populismus“ (Otto 2023). So verlangte Söder, wer eine deutsche und eine andere Staatsbürger\*innenschaft habe und das Kalifat fordere, dem solle die Deutsche entzogen werden (WELT Nachrichtensender 2024, 00:16:39-00:16:51). Gilda Sahebi, deutsch-iranische Journalistin und Autorin, kritisierte Markus Söders Aussage auf Instagram scharf. Der **Entzug der Staatsangehörigkeit** sei der erste Schritt zur Remigration, argumentiert sie. Denn es finde eine Aufteilung in „echte Deutsche“ und „nicht echte Deutsche“ statt. Selbst mit deutschem Pass sei man der CDU/CSU zufolge niemals echt deutsch, sondern deutsch auf Bewährung (Sahebi 2024).

Die Pressestelle der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration kommentierte das Statement von Markus Söder auf Nachfrage wie folgt:

„Der Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit ist verfassungsrechtlich verboten (vgl. Art 16 Abs. 1 Satz 1 GG). Eine Rücknahme einer rechtswidrigen Einbürgerung ist gemäß § 35 StAG allerdings erlaubt, wenn diese durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung [...] erreicht worden ist. [...]. Den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit wegen des Beitritts zu einer ausländischen Armee oder einer ausländischen terroristischen Organisation regelt § 28 StAG. Für den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit sind sehr enge gesetzliche Grenzen gesetzt. Diese Regelung ist sowohl Bestandteil der Verfassung als auch Teil des Grundrechtekatalogs und als solche besonders geschützt. [...] Das Grundgesetz verbietet **zurecht** eine Staatsangehörigkeit 1. und 2. Klasse.“

Besonders vor diesem rechtlichen Rahmen wird der (rechts)populistische Charakter von Markus Söders Forderung deutlich. Die Annäherungsmanöver der CDU/CSU kommentierte Marcus Bühl von der AfD in seiner Bundestagsrede: „Es ist geradezu grotesk, dass ausgerechnet die CDU sich nun als Partei darzustellen versucht, die etwas Maßgebliches gegen die illegale Zuwanderung unternehmen will. Wer den Asylmissbrauch konsequent stoppen will, entscheidet sich für das Original, nämlich die AfD“ (Bühl 2024, 00:02:50-00:03:17).

## EINE ZUM SCHEITERN VERURTEILTE ANNÄHERUNG?

Soziolog\*innen und Politikwissenschaftler\*innen beobachten, dass Migration als Kernthema rechtspopulistischer Parteien (Lutz 2019, S. 535) das stärkste mobilisierende Moment in Wähler\*innenschaften darstellt. Die Angst vor Überfremdung, anderen Kulturen und sozialem Abstieg stehen dabei im engem Zusammenhang mit Migration. Pluralismus innerhalb der vermeintlich homogenen Gesellschaft sind zentrale Angriffspole (Foroutan 2018, S. 18) rechtspopulistischer Strömungen. Gleichzeitig gelten rechtspopulistische Parteien und Bewegungen als Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Rascher Wandel, Wert- und Orientierungsverluste, begleitet von einem politischen Entfremdungsgefühl lassen populistische Strömungen demnach aufleben (Decker und Lewandowsky 2017, S. 23). Dabei kann Populismus durchaus auf reale Problematiken verweisen, instrumentalisiert diese jedoch für die eigenen Interessen im besonderen Maße (Decker und Lewandowsky 2017, S. 25).

Die **Grenzen zur Manipulation** von Wähler\*innen durch Verschleierung komplexer Sachverhalte und der Forderung nach vermeintlich einfachen Lösungen mit der Tendenz zu Radikalität sowie die Inszenierung von klaren Schuldigen, sind zumindest beim Rechtspopulismus der AfD fließend.

Sowohl in akademischen wie auch in öffentlichen Debatten ist immer wieder die zentrale Frage, wie sich die etablierten Parteien gegenüber des zunehmenden Rechtspopulismus verhalten und welche Auswirkungen dieses Verhalten hat. Zu beobachten ist, dass etablierte Parteien europaweit als Reaktion auf den Rechtspopulismus migrationsfeindlichere, restriktivere und nationalistischere Positionen vertreten (Abou-Chadi und Krause 2020, S. 843).

Oft wird argumentiert, dass ein **programmatisches und rhetorisches Entgegenkommen** notwendig sei, um rechtsradikalen Herausforderungen zu begegnen (Krause et al. 2023, S. 172). Diese Theorie wird durch den aktuellen politikwissenschaftlichen Forschungsstand jedoch zunehmend in Frage gestellt.

Kritisiert wird einerseits, dass eben diese Übernahme rechtspopulistischer Positionen von etablierten Parteien (rechts)populistische Diskurse grundsätzlich legitimiert (Dahlström und Sundell 2012, S. 353). Entsprechend ist auch damit zu rechnen, dass mit der Übernahme von gewaltvoller Sprache aus dem rechtspopulistischen Spektrum, sowie der Reproduktion von rechtspopulistischen Narrativen zur strategischen Emotionalisierung von Themen zum eigenen Vorteil, eben dieses Vorgehen in der Politik zunehmend populär wird (Dahlström und Sundell 2012, S. 353).

Andererseits scheinen etablierte Parteien durch rhetorische und programmatische Annäherung nicht an Zuspruch und Wähler\*innenstimmen zu gewinnen (Krause et al. 2023, S. 172). Nach Jean-Marie Le Pen, der langjährigen Parteispitze des Front National, inzwischen Rassemblement National, aus einem simplen Grund: die Wähler\*innen würden „das Original der Kopie vorziehen“ (New York Times 2006). Im besten Fall kommt es durch diese Strategie etablierter Parteien zu keiner Abwanderung in ihrer Wähler\*innenschaft (Banse et al. 2024, 00:40:22-00:41:20) und lediglich zur Legitimierung von (Rechts)populismus als politische Kommunikationsstrategie.

Für Deutschland scheint jedoch zu gelten, dass „eine Verringerung der Distanz zwischen Union und AfD im Vergleich zur jeweils letzten Wahl im Bundesland oder bei Bundestagswahlen in den beiden Politikbereichen mit einem höheren Stimmenanteil für die AfD einhergeht“ (Debus 2023). Dieses Ergebnis ergab die Untersuchung von allem programmatischen Positionen der AfD und CDU/CSU seit 2013 auf Bundes- und Landesebene.

Vieles deutet demnach darauf hin, dass die Unionsparteien nicht davon profitieren, wenn sie sich (rechts)populistische Programmatik und Rhetorik aneignen, um ihre abgewanderten Wähler\*innen zurückzugewinnen.

Insbesondere gilt das für das Kernthema der AfD: die Migration. In dieser Logik sollten die Unionsparteien dieses Thema eher sachlich und kontextualisiert abhandeln und nicht versuchen, es sich als prominentes Wahlkampfthema anzueignen. Nicht auszuschließen ist, dass diese politikwissenschaftlichen Forschungserkenntnisse auch für andere etablierte Parteien in Deutschland gelten. Dennoch scheint die Strategie einer programmatischen und rhetorischen Annäherung an die AfD immer häufiger zu Anwendung zu kommen.

# QUELLEN

- Alternative für Deutschland (AfD) (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Hg. v. Alternative für Deutschland (AfD). Online verfügbar unter [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf), zuletzt geprüft am 20.04.2024.
- Alternative für Deutschland (AfD) (2024a): Asyl & Einwanderung. Human und rational handeln - Deutschland schützen. Hg. v. Alternative für Deutschland (AfD). Online verfügbar unter <https://www.afd.de/wahlprogramm-asyl-einwanderung/>, zuletzt geprüft am 19.04.2024.
- Alternative für Deutschland (AfD) (2024b): 7 Punkte zur Remigration. Wie die AfD den Begriff definiert. Positionspapier vom 29. Januar 2024. Online verfügbar unter <https://www.afd.de/remigration/>, zuletzt geprüft am 21.05.2024.
- Andresen, Rasmus (2024): Post zu GEAS. Hg. v. X. Online verfügbar unter <https://twitter.com/RasmusAndresen/status/1778102164595806381>, zuletzt geprüft am 22.04.2024.
- Baumgartner, Frank R. (Hg.) (2009): Lobbying and policy change. Who wins, who loses, and why. Chicago, London: University of Chicago Press.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2023): Landtagswahl 2023. Endgültiges Ergebnis. Hg. v. Bayerisches Landesamt für Statistik. Online verfügbar unter <https://www.landtagswahl2023.bayern.de/index.html>, zuletzt geprüft am 30.10.2023.
- Berndt, Hans-Christoph; Höcke, Björn; Kirchner, Oliver; Kramer, Niklaus; Siegmund, Ulrich; Urban, Jörg (2024): Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Ost zur Remigration. Hg. v. AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt. Online verfügbar unter <https://afdfaktion-lsa.de/stellungnahme-der-fraktionsvorsitzenden-ost-zur-remigration/>, zuletzt geprüft am 02.05.2024.
- Betz, Hans-Georg (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa: aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (3), S. 251–264, zuletzt geprüft am 13.05.2024.
- Brosius, Hans-Bernd; Dan, Viorela (Hg.): Framing im Nachrichtenjournalismus.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2024): Aktuelle Zahlen. Hg. v. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Online verfügbar unter [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-maerz-2024.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-maerz-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=3), zuletzt geprüft am 20.04.2024.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (11.10.2023): Begrenzung irregulärer Migration: Neue Regelungen sollen für mehr und schnellere Rückführungen sorgen. Online verfügbar unter <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/10/ge-entwurf-rueckfuehrungsverbesserung.html>, zuletzt geprüft am 12.04.2024.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024): Fakten zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Hg. v. Bundesministerium des Innern und für Heimat. Online verfügbar unter <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/asyl-fluechtlingschutz/asylsystem-geas.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2024.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (2023): Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Hg. v. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/522800/reform-des-gemeinsamen-europaeischen-asylsystems/>, zuletzt geprüft am 12.04.2024.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (2024): Rechtspopulismus. Hg. v. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500807/rechtspopulismus/>, zuletzt geprüft am 30.04.2024.
- Chrupalla, Tino (2023): Regierungserklärung - Ein Jahr Zeitenwende. Weitere Beteiligte: Deutscher Bundestag. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7551253#url=L21ZGlhdGhla292ZXjsYXk/dmlkZW9pZD03NTUxMjUz&mod=mediathek>, zuletzt geprüft am 30.04.2024.
- Debus, Mark (2023): Schwächt eine programmatische Annäherung der Unionsparteien an die AfD den Wahlerfolg der Rechtspopulisten? Eher nicht. Hg. v. Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft. Online verfügbar unter <https://www.dvpw.de/blog/schwaecht-eine-programmatische-annaeherung-der-unionsparteien-an-die-afd-den-wahlerfolg-der-rechtspopulisten-eher-nicht-ein-beitrag-von-marc-debus>, zuletzt geprüft am 04.03.2024.
- Decker, Frank (2017): Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus im Parteiensystem der Bundesrepublik. In: Christoph Bieber, Andreas Blätte, Karl-Rudolf Korte und Niko Switek (Hg.): Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Studien der NRW School of Governance), S. 55–61.
- Decker, Frank; Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: Zeitschrift für Politik (64), Artikel No. 1, S. 21–38. Online verfügbar unter <https://www.jstor.org/stable/26429638>.
- Deutschlandfunk (2024): EU-Asylregeln werden deutlich verschärft, 11.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/eu-asylrechtsreform-flucht-migration-europa-100.html>, zuletzt geprüft am 22.04.2024.
- Die Bundesregierung (2024): Europäisches Parlament stimmt EU-Asylreform zu. Unter Mitarbeit von Die Bundesregierung. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/eu-asylreform-2195390>, zuletzt geprüft am 22.04.2024.

- Die Bundeswahlleiterin (2022): Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Hg. v. Die Bundeswahlleiterin. Online verfügbar unter [https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw\\_ab49\\_gesamt.pdf](https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf), zuletzt geprüft am 23.04.2024.
- Dienelt, Klaus (2016): Flucht und Asyl: Grundlagen. Duldung: Was ist eine Duldung und mit welchen Rechten ist sie verbunden? Hg. v. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/233846/duldung-was-ist-eine-duldung-und-mit-welchen-rechten-ist-sie-verbunden/>, zuletzt geprüft am 12.04.2024.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication* 43 (4), S. 51–58. DOI: 10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x.
- Europäisches Parlament (10.04.2024): Parlament nimmt neues Migrations- und Asylpaket endgültig an. Kunzemann, Thilo. Online verfügbar unter <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240408IPR20290/parlament-nimmt-neues-migrations-und-asylpaket-endgultig-an>, zuletzt geprüft am 22.04.2024.
- Foroutan, Naika (2018): Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Marc Hill und Erol Yıldız (Hg.): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen - Ideen - Reflexionen, Bd. 1. Bielefeld: transcript (Postmigrantische Studien, Band 1), S. 15–28.
- Harder-Kühnel, Mariana (2024): Internationaler Frauentag. Weitere Beteiligte: Deutscher Bundestag. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/mediathek/videoid=7608692#url=L21IZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjA4Njky&mod=mediathek>, zuletzt geprüft am 13.05.2024.
- Häusler, Alexander (2017): AfD, Pegida & Co. In: Peter Antes und Rauf Ceylan (Hg.): Muslime in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen. Wiesbaden: Springer VS (Islam in der Gesellschaft), S. 59–74.
- Heimann, Rudi (2020): Phänomenologie. Erscheinungsformen von Gewalt. In: Rudi Heimann und Jürgen Fritzsche (Hg.): Gewaltprävention in Erziehung, Schule und Verein. Wiesbaden, Heidelberg: Springer, S. 3–19.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2023): Landtagswahl 2023 in Hessen: Endgültige Ergebnisse. Hg. v. Hessisches Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://statistik.hessen.de/presse/landtagswahl-2023-in-hessen-endgueltige-ergebnisse>, zuletzt geprüft am 30.10.2023.
- Hollstein, Tina (2016): Illegale Migration und transnationale Lebensbewältigung. Dissertation.
- Hunger, Anna (2019): Der beschützte Neonazi. Hg. v. Kontext: Wochenzeitung. Online verfügbar unter <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/430/der-beschuetzte-neonazi-6014.html>, zuletzt geprüft am 20.04.2024.
- Infratest dimap (2023): Sonntagsfrage Bundestagswahl. Hg. v. Infratest dimap. Online verfügbar unter <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>, zuletzt geprüft am 30.10.2023.
- Judith, Wiebke (2023): Ampel-Regierung opfert Grundrechte in aufgeheizter Abschiebungsdebatte. Hg. v. Pro Asyl. Online verfügbar unter <https://www.proasyl.de/pressemeldung/ampel-regierung-opfert-grundrechte-in-aufgeheizter-abschiebungsdebatte/>, zuletzt geprüft am 12.04.2024.
- Kehlbach, Christoph; Brötigam, Frank (2023): "Gesichert extremistisch" - was folgt daraus? Hg. v. Tagesschau. Norddeutscher Rundfunk. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verfassungsschutz-beobachtung-102.html>, zuletzt geprüft am 20.04.2024.
- Kleinert, Hubert (2018): Die AfD und Ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände. Wiesbaden: Springer VS.
- Kurbjuweit, Dirk; Hickmann, Christoph (2023): Scholz und die Flüchtlingspolitik. In: Der Spiegel, 20.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-ueber-migration-es-kommen-zu-viele-a-2d86d2ac-e55a-4b8f-9766-c7060c2dc38a>, zuletzt geprüft am 22.05.2024.
- Landschek, Elise; Liu, Lucie; Rotter, Ina; Giordano, Matthias (2024): Nach den Treffen von Rechtsextremen – wo steht die AfD? Debatte um Parteiverbot. In: Die Zeit 2024, 18.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/2024-01/afd-parteiverbot-rechtsextremismus-was-jetzt-livesendung>, zuletzt geprüft am 12.03.2024.
- Leidinger, M.; Jeske, A.; Nieskes, J. (2024): Was vom rechten Geheimtreffen bleibt. In: ZDV, 10.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-geheimtreffen-correctiv-recherche-remigration-folgen-100.html>, zuletzt geprüft am 11.04.2024.
- Lutz, Philipp (2019): Variation in policy success: radical right populism and migration policy. In: *West European Politics* 42 (3), S. 517–544. DOI: 10.1080/01402382.2018.1504509.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Gov. & oppos. 39 (4), S. 541–563. DOI: 10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x.
- Otto, Ferdinand (2023): Markus Söder. Raus aus dem Safe Space Bierzelt. Ein Kommentar. In: Die Zeit, 07.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/markus-soeder-csu-konservatismus-gruene-populismus>, zuletzt geprüft am 07.10.2023.
- Petermann, Anke (2019): Prozess um rassistische Chats. Ein Sieg für die Pressefreiheit. Hg. v. Deutschlandfunk. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/prozess-um-rassistische-chats-ein-sieg-fuer-die-100.html>, zuletzt geprüft am 20.04.2024.

- Pro Asyl (2014): Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten. Unter Mitarbeit von Günter Burkhardt, Anna Brausam, Naemi Eifler, Stella Hindemith, Gabi Jaschke, Anetta Kahane, Andrea Kothen. Hg. v. Förderverein PRO ASYL e.V. Online verfügbar unter <https://www.proasyl.de/material/refugees-welcome/>, zuletzt geprüft am 23.04.2024.
- Reichardt, Martin (2024): Aktuelle Stunde - Schutz der Meinungsfreiheit vor staatlichen Übergriffen. Weitere Beteiligte: Deutscher Bundestag. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/mediathek/?videoid=7607816#url=L21IZGlhdGhla292ZXjsYXk/dmlkZW9pZD03NjA3ODE2&mod=mediathek>, zuletzt geprüft am 13.05.2024.
- Reusch, Wera (2021): Die Geschichte hinter dem Foto. Hg. v. Amnesty Journal. Online verfügbar unter <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/syrien-tuerkei-flucht-alan-kurdi>.
- Röttgers, Jürgen (2017): Zwischen Überforderung und Übermacht. Zur Lage der politischen Parteien vor der Bundestagswahl 2017. In: Christoph Bieber, Andreas Blätte, Karl-Rudolf Korte und Niko Switek (Hg.): Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Studien der NRW School of Governance), S. 181–186.
- Sahebi, Gilda (2024): Post zu Markus Söder. Hg. v. Instagram. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/reel/C66eTWntLGR/>, zuletzt geprüft am 27.05.2024.
- Sellner, Martin (2023): Remigration Phase 1: Ende des Asylwahns. Weitere Beteiligte: COMPACT-TV. Online verfügbar unter <https://www.compact-online.de/remigration-phase-1-endе-des-asylwahns/>, zuletzt geprüft am 11.04.2024.
- StopGEAS (2024): News 10.4.2024: Hg. v. StopGEAS. Online verfügbar unter <https://stop-geas.de/#/news>, zuletzt geprüft am 12.04.2024.
- Süddeutsche Zeitung (2016): Von Storch: Islam nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. In: Süddeutsche Zeitung, 17.04.2016. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-von-storch-islam-nicht-mit-dem-grundgesetz-vereinbar-1.2952918>, zuletzt geprüft am 20.04.2024.
- Taggart, Paul (2004): Populism and representative politics in contemporary Europe. In: Journal of Political Ideologies 9 (3), S. 269–288. DOI: 10.1080/1356931042000263528.
- Taggart, Paul A. (2000): Populism. Buckingham, Philadelphia: Open University Press (Concepts in the social sciences).
- United Nations High Commissioner for Refugees (2014). UNHCR Global Trends 2013. Hg. v. The UN Refugee Agency UNCHR. Online verfügbar unter <https://www.unhcr.org/statistics/country/5399a14f9/unhcr-global-trends-2013.html>, zuletzt geprüft am 23.04.2024.
- Vogel, Dita; Cyrus, Norbert (2008): Irreguläre Migration in Europa – Zweifel an der Wirksamkeit der Bekämpfungsstrategien. Hg. v. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/57344/irregulaere-migration-in-europa-zweifel-an-der-wirksamkeit-der-bekaempfungsstrategien/>, zuletzt geprüft am 12.04.2024.
- Weidel, Alice (2024a): Bundeskanzler und Bundeskanzleramt, Unabhängiger Kontrollrat. Weitere Beteiligte: Deutscher Bundestag. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/mediathek/?videoid=7606443#url=L21IZGlhdGhla292ZXjsYXk/dmlkZW9pZD03NjA2NDQz&mod=mediathek>, zuletzt geprüft am 30.04.2024.
- Weidel, Alice (2024b): Post zu Geas. Hg. v. X. Online verfügbar unter [https://twitter.com/Alice\\_Weidel/status/1778438601602207994](https://twitter.com/Alice_Weidel/status/1778438601602207994), zuletzt geprüft am 22.04.2024.
- WELT Nachrichtensender (2024): MARKUS SÖDER: "Werden das nächste Jahr zusammen rocken und die Ampel ablösen!". | WELT DOKUMENT. Weitere Beteiligte: Axel Springer Deutschland GmbH. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=rY6omV6-95U>, zuletzt geprüft am 27.05.2024.
- Wodak, Ruth; KhosraviNik, Majid (2012): Dynamics of Discourse and Politics in Right-wing Populism in Europe and Beyond: An Introduction. In: Ruth Wodak (Hg.): Right wing populism in Europe. Politics and discourse. London: Bloomsbury Academic.